

Der sozialistische Kämpfer



ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 5/6

Mai/Juni 1987

5 Schilling

15. Juli 1927:

Aufbruch gegen das Unrecht

Vor 60 Jahren, am 15. Juli 1927, schossen Wiener Polizisten auf Arbeiter, die gegen den Freispruch der Mörder von Schattendorf demonstrierten. 89 Menschen fielen der Gewalttat der Wiener Polizei zum Opfer. Zum Gedenken an die blutigen Juliereignisse des Jahres 1927 hat Genosse Josef Hindels eine Broschüre unter dem Titel „15. Juli 1927 — Erinnerung und Mahnung“ geschrieben. Er widmete diese Broschüre dem großen Sozialisten und Humanisten Christian Broda, der von sich sagte: „Der brennende Justizpalast am 15. Juli 1927 ist für mich zum Symbol des Kampfes gegen das Unrecht geworden.“ Aus der Broschüre von Genossen Hindels veröffentlichten wir den folgenden Auszug.

Schattendorf war kein Einzelfall

Der blutige 15. Juli 1927 ist nur im Zusammenhang mit der tragischen Geschichte der Ersten Republik Österreich zu verstehen. Lange vor diesem Ereignis gab es Überfälle faschistischer Banden, die als Heimatschutz getarnt waren, auf Angehörige und Einrichtungen der Arbeiterbewegung. Diese Banden wurden vom faschistischen Italien und vom halbfaschistischen Ungarn, aber auch von heimischen Unternehmerverbänden finanziert. Konservative Politiker des Bürgerblocks, der damals Österreich regierte, erklärten wiederholt: „In Österreich muß Ordnung gemacht werden. Vor allem ist es im Interesse der Wirtschaft notwendig, den ‚revolutionären Schutt‘ wegzuräumen.“

Darunter verstanden sie die bei der Errichtung der Republik im Jahre 1918 verwirklichten sozialen Errungenschaften. Der Achtstundentag, das Betriebsrätegesetz, der Jugendschutz, der gesetzliche Anspruch auf Urlaub, die Krankenversicherung, der Mieterschutz — das alles gehörte aus konservativer Sicht zum „revolutionären Schutt“. Man sprach in den Kreisen des Besitzbürgertums von der „Fürsorgeinflation“, die sich die Wirtschaft nicht leisten könne.

Aber diese sozialen Errungenschaften konnten nicht beseitigt werden, solange es eine große Sozialdemokratie und starke Gewerkschaften gab. Die Wahlstatistik bewies, daß „die Roten“

mit der Waffe des Stimmzettels nicht geschlagen werden konnten. Im Gegenteil: Sie wurden von Wahl zu Wahl stärker. Das traf besonders für die Bundeshauptstadt zu, wo das in aller Welt bewunderte Aufbauwerk des ROTEN WIEN eine faszinierende Alternative bedeutete zur verheerenden Wirtschaftspolitik der konservativen Regierungen.

Die einflußreichsten Kreise des Besitzbürgertums orientierten sich daher auf eine Politik der Gewaltanwendung

mit dem Ziel, die parlamentarische Demokratie zu zerschlagen und ein autoritäres Regime zu errichten. Die bewaffneten Überfälle sollten den faschistischen Staatsstreich vorbereiten, die Sozialdemokratie einschüchtern.

Von einer „geteilten Schuld“ beider Lager an der Tragödie der Ersten Republik, die später von konservativer Seite erfunden wurde, konnte keine Rede sein. Die Sozialdemokraten verteidigten die Demokratie, während der Bürgerblock sie verhöhnte, auf ihre Beseitigung hinarbeitete. Als 1923 aus den Ordnergruppen der Sozialdemokratie der Republikanische Schutzbund gebildet wurde, handelte es sich um eine Wehrorganisation mit betont defensivem Charakter, die bis zum 12. Februar 1934 „Gewehr bei Fuß“ stand.

Bei den bewaffneten Überfällen gab es Tote und Verwundete. Es fehlte auch nicht an glaubwürdigen Zeugen,
Fortsetzung auf Seite 2

Gedenkkundgebung 60 Jahre 15. Juli 1927

Veranstaltet vom Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, vom Wiener Bildungsausschuß der SPÖ und von der Alt-SAJ

am Mittwoch, 15. Juli 1987

um 19 Uhr

im Gewerkschaftssaal,

Wien 9, Maria-Theresien-Straße 9—11

Redner:

Genosse Prof. Josef Hindels

Genosse Ing. Ernst Nedwed

Künstlerisches Rahmenprogramm



Fortsetzung von Seite 1

den Tathergang beobachtet hatten. Aber die Täter wurden fast immer, unter dem Jubel der bürgerlichen Presse, freigesprochen. Die Justiz war zur Klassenjustiz verkommen. Und das bedeutete: Angehörige der Arbeiterbewegung sind Freiwild. Sie können mißhandelt, verwundet, getötet werden, ohne daß die Täter eine Strafe befürchten müssen.

Was sich am 30. Jänner 1927 in dem burgenländischen Ort Schattendorf ereignete, war daher kein Einzelfall. Der Freispruch der faschistischen Mörder von Schattendorf wurde von der Arbeiterschaft als Beleidigung des Rechtsgefühls empfunden, weil ihm viele andere Schandurteile der Klassenjustiz vorausgegangen waren. Es handelte sich um einen Aufruhr gegen das Unrecht, das die arbeitenden Menschen nicht länger ertragen konnten.

Die Freisprüche — eine ungeheuerliche Provokation

Nach dem blutigen 15. Juli 1927 ist von rechts eine zügellose Hetze gegen die Sozialdemokratie und die gesamte Arbeiterbewegung betrieben worden. Gegen die Demonstranten wurde der Vorwurf erhoben: In einem Rechtsstaat muß man Gerichtsurteile zur Kenntnis nehmen, auch wenn es sich um Fehlurteile zu handeln scheint. Schließlich sind die Freisprüche, die die Demonstration ausgelöst haben, in einem ordentlichen Gerichtsverfahren von Geschworenen gefällt worden. Und haben die Sozialdemokraten nicht immer die Geschworenengerichte als geschichtlichen Fortschritt begrüßt?

Was bewußt verschwiegen wurde, ist das Klima, in dem der Prozeß stattfand und zu den Schandurteilen geführt hat, führen mußte. Es handelt sich keineswegs um einen Justizirrtum, sondern um eine gezielte Provokation, die zu weiteren Morden ermuntern sollte. Halten wir die Fakten fest:

Am 5. Juli begann vor einem Schwurgericht der Prozeß gegen die drei Schattendorfer Mörder Josef Tscharmann, Hieronymus Tscharmann und Johann Pinter. Die Anklageschrift hob hervor, daß die Schutzbündler durch die Ortsstraße ohne Aufenthalt an dem Tscharmannschen Gasthaus vorbeimarschiert seien, daß die Angeklagten drei Gewehre vorbereitet und unbekümmert um die Vorgänge im Hofe ein Feuer mit verheerender Wirkung auf die Schutzbündler eröffnet hatten, aus welcher „im gemeinsamen Einverständnis aus Bosheit unternommener Handlung“ der Tod von zwei Menschen und die Verletzung von fünf Menschen herbeigeführt wurde.

Bevor noch die Verhandlung begonnen hatte, leitete das Hauptorgan der

Regierung, die „Reichspost“, den Prozeß mit einer Entlastungsoffensive für die Mörder ein. Sie erklärte am Tage vor der Verhandlung:

„Die ganze Angelegenheit Schattendorf stellt sich als eine von der sozialdemokratischen Leitung zielbewußt herbeigeführte Affäre dar.“

Und dann:

„Im Prozeß wird es an den Tag kommen, mit welcher Umsicht und mit welchen Mitteln die roten Führer gearbeitet haben, um nur ja sicher jene Zusammenstöße in Schattendorf zu erzwingen.“

In ihrem Abendblatt setzte die „Reichspost“ den Versuch, die Geschworenen zu verwirren, das Verbrechen zu verdunkeln, planmäßig fort; sie schrieb:

„Unter den hinlänglich bekannten sozialdemokratischen Vorwänden, daß die Republik bedroht sei oder daß man sich die Provokation nicht gefallen lassen dürfe oder daß man sich die Sache anschauen müsse, wurden zu jeder Veranstaltung der Frontkämpfer rote Krawallmacher entsendet oder auch es wurden sofort in der nächsten Nähe Gegenversammlungen veranstaltet, um so die Voraussetzungen für Zusammenstöße und eine Operationsbasis zu haben. So wurde es auch in Schattendorf gehalten.“

Kein Wort des Entsetzens über jenes Verbrechen, dem ein unschuldiges Kind und ein Kriegsinvalide zum Opfer gefallen waren! Und in derselben Nummer des Blattes wird in fetten Lettern an hervorragender Stelle eine Rede mit haßerfüllten Worten des Tiroler Bundesrates Steidle veröffentlicht, in der der Republikanische Schutzbund beschuldigt wird, militärische Vorbereitungen zur Aufrichtung einer „roten Diktatur“ durchzuführen.

Diesen Versuch, Einfluß auf das Geschworenengericht zu nehmen, die Geschworenen mit einer Panikstimmung gegen den Republikanischen Schutzbund zu erfüllen, sie zu bewegen, die Schattendorfer Mörder trotz ihrer überwiesenen Schuld freizusprechen, führte publizistisch das Organ des Bundeskanzlers Seipel vom ersten Tage des Prozesses bis zur Urteilsfällung mit wohlervogenem Bedacht durch.

Wobei das Blatt davor gar nicht zurückscheute, den Verhandlungsbericht unbedenklich zu fälschen, den Angeklagten Worte in den Mund zu legen, die vor dem Gerichtshof gar nicht gesprochen wurden, eben um das Urteil der Geschworenen zu trüben. Wie sehr es der regierenden Partei, den Christlichsozialen, darum zu tun war, auch gegenüber dem Gerichtshof ihr lebhaftes Interesse für die Angeklagten zu bekunden, bezeugt die Tatsache, daß zu Verteidigern der Angeklagten der Kandidat der bürgerlichen Einheitsliste, Dr. Riehl, und der Kompagnon des Finanzministers Kienböck, Dr. Voglar-Deinhardstein, bestellt wurden.

Von der ersten Stunde an stellte das Regierungsorgan die Mörder als die Angegriffenen hin, die nur in Notwehr gemordet hätten. Die Mörder, die in einem festungsartig geschützten Gebäude, sorgsam verschanzt, Gewehre und Munition vorbereitet und aus einem vergitterten Fenster des ersten Stockes in den Rücken der Schutzbündler geschossen hatten, wurden vom Regierungsorgan dem Gericht und den Geschworenen als ehrenwerte Männer empfohlen, die in Sorge um ihr Hab und Gut „Alarm- und Angstschüsse abgegeben hatten“.

Immer wieder wurde in dem Regierungsorgan die Frage aufgeworfen, warum noch nicht die „Urheber der Schattendorfer Untaten“ zur Verantwortung gezogen seien. Aber als die „Urheber“ waren nach der Auffassung des Regierungsorgans nicht die drei, die geschossen und gemordet hatten, sondern die Belastungszeugen zu verstehen, die den Mord gesehen, die ihn miterlebt und mitgelitten hatten. Sie, diese Zeugen, auf die Anklagebank zu setzen, dahin ging das unentwegte Verlangen des Regierungsorgans während der zehn Tage des Prozesses.

Um aber den Druck auf den Gerichtshof zu verschärfen, beschuldigte das Regierungsorgan den Staatsanwalt der parteiischen Haltung seines Amtes. Das Bundeskanzleramt scheute sich nicht, sogar eine Beschwerde des Verteidigers Dr. Riehl gegen den Staatsanwalt entgegenzunehmen, weil nämlich der Staatsanwalt von seinem Recht, Geschworene abzulehnen, Gebrauch gemacht hatte. Was also an politischer und publizistischer Machtfaltung denkbar war, um die Mörder der Strafe zu entziehen, wurde angeboten.

Die Schandurteile

Nach zehntägigen Verhandlungen wurden die Angeklagten in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli freigesprochen. Das mit atemloser Spannung erwartete Urteil führte noch in den Nachtstunden zu Demonstrationen junger Sozialisten in den Straßen Wiens. Dabei wurden auch die Namen jener Opfer des faschistischen Terrors gerufen, deren Mörder bei früheren Prozessen freigesprochen wurden. Auch damals hatte die bürgerliche Presse über die Freisprüche gejubelt.

Am 15. Juli stürmten die Arbeiter die Trafiken, um die Berichte in der „Arbeiter-Zeitung“ und im „Kleinen Blatt“, den beiden sozialdemokratischen Tageszeitungen, zu lesen. In einem Leitartikel, den der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Friedrich Austerlitz, verfaßt hatte, hieß es unter anderem:

„Nichts wird den drei Angeklagten, die am 30. Jänner in Schattendorf in eine Men-

Fortsetzung auf Seite 5



Parteitag der SPÖ-Wien für Waldheim-Rücktritt

Der Landesparteitag der Wiener SPÖ nahm am 27. Juni 1987 eine vom Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, von der Sozialistischen Jugend, dem Verband Sozialistischer Studenten und der Jungen Generation eingebrachte Resolution mit Mehrheit an, in der der Rücktritt von Bundespräsident Waldheim als unerlässlich bezeichnet wird. Für die Annahme dieser Resolution sprachen sich 268 Genossinnen und Genossen aus, 217 stimmten für die Zuweisung des Antrages an den Parteivorstand.

Der Abstimmung war eine Diskussion vorangegangen, in der der stellvertretende Vorsitzende der Freiheitskämpfer, Genosse Josef Hindels, den Bundespräsidenten als Symbolfigur für jene Österreicher bezeichnete, die den „inneren Hitler“ noch nicht überwunden haben: „Wir erwarten den Rücktritt Waldheims.“

Genosse Hindels warnte vor der Gefahr von rechts, die nun größer denn je sei. Das Argument der Pflichterfüllung sei eine ungeheure Beleidigung aller Opfer des Faschismus. Waldheim

selbst müsse als hinterhältiger Lügner bezeichnet werden.

Die mit Mehrheit angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die sozialistischen Freiheitskämpfer, die Sozialistische Jugend Wien, die Junge Generation Wien und der VSStÖ Wien haben sich im Bundespräsidentenwahlkampf für Genossen Dr. Kurt Steyrer engagiert.

Schon damals gab es einen Aufruf an jene Opfer des Faschismus, die nicht der SPÖ angehören:

„Waldheim ist für alle, die das

Grauen des Faschismus kennengelernt haben, nicht wählbar. Seine Wahl würde eine schwere Belastung für unsere Republik bedeuten.“

Die Ereignisse, die seither eingetreten sind, haben diese Vorhersage dramatisch bestätigt.

Wir lehnen es daher entschieden ab, mit Dr. Kurt Waldheim solidarisch zu sein. Für uns ist ein Bundespräsident, der seine Biographie verschleiert hat und von der Pflichterfüllung im Hitlerkrieg spricht, nicht tragbar. Daran ändern auch Erklärungen nichts, die er mit langer Verspätung abgegeben hat und bei denen man merkt, daß sie taktischen Erwägungen entsprechen.

Ein Bundespräsident, dessen moralische Integrität vor allem im Ausland umstritten ist, kann seine verfassungsrechtliche Aufgabe nicht wahrnehmen.

Wir halten deshalb seinen Rücktritt für unerlässlich.

„Antifaschismus ist einer unserer wichtigsten Begleiter“

„Der Antifaschismus ist einer unserer wichtigsten Begleiter“, sagte Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky in seiner Begrüßungsansprache vor dem Landesparteitag der Wiener SPÖ am 27. Juni 1987. Mit der wünschenswerten Deutlichkeit erteilte Genosse Vranitzky dem Antisemitismus eine Absage und wandte sich entschieden gegen primitiven Ausländerhaß und Religionshaß. Wörtlich führte Genosse Vranitzky aus:

Das Funktionieren unserer Gesellschaft hängt nicht nur vom reibungslosen Zusammenspiel der Organe des Staates ab. Das Zusammenleben der großen sozialen Gruppen und auch der religiösen Gemeinschaften muß funktionieren. Ich brauche euch nicht zu sagen, wie bestürzt ich in diesem Zusammenhang bin über Meldungen, daß es in Österreich zu einer Reihe von antisemitischen Haltungen gekommen ist. Auch wenn es sich hier um isolierte Aktionen von Einzelpersonen handelt, möchte ich von dieser Stelle aus diese Akte unüberlegten persönlichen Vandalentums auf das schärfste verurteilen.

Unser Eintreten gegen derartige Übergriffe muß ohne Kompromisse erfolgen. Wir wollen und wir dürfen uns nicht von einigen wenigen Unüberlegten über Jahre gehende Schritte der Aufarbeitung der Vergangenheit kaputt-machen lassen. **Unser Land, wenn auch nicht jeder Einzelne, hat bewiesen, daß es zu seiner Vergangenheit steht und seiner Vergangenheit ins Gesicht sieht.**

Wir müssen uns also kompromißlos gegen jeden einzelnen Akt einer antisemitischen Handlung zur Wehr setzen, der uns bekannt wird. Wir dürfen und wir werden vor allem jenen keine Chance geben, die versuchen,

im Windschatten der im Moment sicher hochgehenden Emotionen ihre politische Suppe zu kochen.

Benützen wir die Kritik, manchmal auch unfundierte Kritik, die uns aus dem Ausland entgegenschlägt, um uns selbst zu besinnen; fragen wir uns, ob wir unsere Geschichte — die gemeinsame wie die jedes einzelnen — auch genügend aufgearbeitet haben. Wenn wir das tun, dann tun wir das nicht für das Ausland, sondern einzig und

allein für uns selbst. Das gibt uns auch die Kraft, gegen einzelne Vorkommnisse, wie ich sie beschrieben habe, aufzutreten. Gegen primitiven Ausländerhaß, gegen primitiven Religionshaß, gegen den primitiven Haß gegenüber allem, was anders ist, als man selbst ist.

Das schließt auch eine Absage an alle ein, die glauben, das Rad der Geschichte anhalten zu können oder sogar zurückdrehen zu können. Die Politik der siebziger Jahre und insbesondere die Politik der Sozialdemokratie haben Errungenschaften für benachteiligte Schichten der Bevölkerung erreicht, die diese nicht bereit sind, wieder aufzugeben. Und der Antifaschismus ist dabei eine unserer wichtigsten Begleiter.

SPÖ-Freiheitskämpfer weisen Graff-Entgleisung zurück

Mit Entrüstung wiesen die Sozialistischen Freiheitskämpfer die ungeheuerliche Entgleisung von ÖVP-Generalsekretär Graff zurück, der den stellvertretenden Vorsitzenden der SPÖ-Freiheitskämpfer, Josef Hindels, mit dem Nazi-Blutrichter Freisler verglichen hatte. Der Bundesvorstand des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, der am 1. Juli 1987 unter dem Vorsitz von Genossin Rosa Jochmann tagte, betonte in einer Stellungnahme, daß es unerhört ist, einen Freiheitskämpfer, der sein Leben für ein freies und demokratisches Österreich eingesetzt hat, durch einen derartigen Vergleich zu diffamieren.

Diese Entgleisung, aber auch andere Reaktionen in der Öffentlichkeit stellen den Versuch dar, von den wirklichen Problemen und dem wirklichen Inhalt des Beschlusses des Wiener Landesparteitages der SPÖ abzulenken. Es ging den Sozialistischen Freiheitskämpfern nicht um den Versuch, den Bundespräsidenten durch einen SPÖ-Beschluß „abzusetzen“, sondern um das — offensichtlich vergebliche — Bemühen, Dr.

Waldheim aufzufordern, die Konsequenzen aus der für Österreich unerträglichen Situation zu ziehen, heißt es in der Stellungnahme der SPÖ-Freiheitskämpfer. Sie erinnerten daran, daß es in der vom Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus beim Landesparteitag der SPÖ Wien eingebrachten und von diesem schließlich beschlossenen Resolution heißt: „Ein Bundespräsident, dessen moralische Integrität vor allem im Ausland umstritten ist, kann seine verfassungsrechtliche Aufgabe nicht wahrnehmen. Wir halten deshalb seinen Rücktritt für unerlässlich.“ Diese Resolution hat Josef Hindels — gestützt auf den einstimmigen Beschluß des Bundesvorstandes und der Sozialistischen Freiheitskämpfer aller Bundesländer — auf dem Wiener SPÖ-Landesparteitag vertreten. Wenn sich Dr. Waldheim durch die Rede des stellvertretenden Vorsitzenden Josef Hindels beleidigt fühlt, steht es ihm frei, einer strafrechtlichen Verfolgung Hindels die Zustimmung zu erteilen, heißt es abschließend in der Erklärung der SPÖ-Freiheitskämpfer.

„Es hat sich noch immer zuwenig verändert . . .“

Die Kundgebung zum Gedenken an die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen fand heuer am 17. Mai statt. Der Finanzminister, Genosse Dkfm. Ferdinand Lacina, hielt die Gedenkrede, die wir im folgenden veröffentlichten:

Viele in- und ausländischen Teilnehmer dieser Kundgebung sind Zeugen jener Zeit ohne Gnade, oder sie sind deren Söhne und Töchter, in vielen Fällen schon ihre Kindeskinde. Unsere jüngeren Mitbürger, so sagt man, haben die Gnade einer späten Geburt. Ihnen blieben die Greuel dieser Zeit erspart, sie sind unbelastet von persönlicher Schuld. Sie stehen oft ratlos jenen gegenüber, die von den Verbrechen des Naziregimes berichten. Und viele meinen, man solle doch endlich Schluß machen mit diesen alten Sachen.

Dazu eine Klarstellung:

Die Nachgeborenen trifft keine persönliche Schuld, sie sind aber Erben einer Schuld, die in der Geschichte kaum ein Beispiel findet. Ihre Väter und Mütter haben schwere Zeiten durchgemacht, in denen Menschlichkeit, Toleranz und Demokratiebewußtsein kleingeschrieben wurden, in denen Haß oder auch Opportunismus und Anpassung dominierten. Der Untergang der Monarchie im Ersten Weltkrieg war nicht Ausgangspunkt eines Umdenkens, das Entstehen einer demokratischen Republik Österreich erfaßte nicht die Hirne und Herzen vieler. Der Gesinnungswandel vom Untertan zum Staatsbürger wurde nach 1918 nicht wirklich von einer Mehrheit vollzogen. Schon vor 1934 und erst recht nachher verstärkten sich autoritäre Tendenzen; die Probleme der Weltwirtschaftskrise sollten von einem „starken Mann“ gelöst werden. Und man wußte auch, wer schuld war an dem persönlichen und nationalen Verhängnis. Es war weniger ein Rassenantisemitismus, als ein tief verwurzelter, gesellschaftlich und religiös begründeter Antisemitismus, auf den zurückgegriffen werden konnte.

„Wer a Jud' ist . . .“

„Wer a Jud' ist, bestimm' ich“, dieser Ausspruch eines Wiener Politikers war fast schon ein Ausdruck gesellschaftlicher Toleranz. Der getaufte Jude war in der Kirche willkommen, aber nicht in der Gesellschaft, in der Familie, vor und auch nach 1918.

Und was war nach 1938? Der verschwundene jüdische Nachbar — war er vielleicht nur ausgezogen? — wurde

nicht vermißt. Sein Geschäft, seine Praxis, sein Unterunssein war suspekt und lästig gewesen, allzuoft war er nur unliebsamer Konkurrent.

Nach 1945 hatte man andere Sorgen. Manche, in vielen Fällen auch Maßgebende auf den verschiedensten Ebenen des politischen und gesellschaftlichen Lebens, schworen ihren vierten oder gar fünften Eid, „so wahr mir Gott helfe“.

Wen wundert es, wenn Verdrängung und Nichtbewältigung der Vergangenheit auf der Tagesordnung standen? Das, was wir euphemistisch „Wiedergutmachung“ zu nennen gewohnt sind, konnte in den meisten Fällen keine persönliche „Wiedergutmachung“ sein. Der Antisemit überlebte, der Jude war tot.

Wie ist es heute?

Wie ist es heute? Meinungsumfragen ergeben, daß 7 Prozent der Österreicher erklären, Antisemiten zu sein. Man sagt, es sind „nur“ 7 Prozent, „nur“ 50.000 Österreicher, die sich selbst in diese Kategorie einreihen. Hört man in unserem Land herum und liest man manche Leserbriefe, so drängt sich ein Schluß auf: es hat sich noch immer zuwenig in diesem Land verändert, weniger als wir wollten und glaubten.



Dieses Transparent der Sozialistischen Jugend versuchten Sicherheitsbeamte bei der Befreiungskundgebung im ehemaligen KZ Mauthausen einzurollen.

Besuch in der Gedenkstätte Hartheim

Im Anschluß an die Befreiungsfeier in Mauthausen am 17. Mai 1987 besuchten die Bezirksgruppen Hernals und Währing der sozialistischen Freiheitskämpfer die Gedenkstätte der Euthanasie- und Vergasungsanstalt Schloß Hartheim, welches ein Nebenlager des KZ Mauthausen gewesen ist. In der Einfahrt des Schlosses ist eine Tafel angebracht, die an die fürchterlichen Verbrechen, die dort an Kindern,

Kranken und Häftlingen verübt worden sind, erinnert.

In zwei ebenerdig gelegenen Räumen ist eine Gedenkstätte eingerichtet, in der viele Gedenktafeln verschiedener Nationen, die vor allem an italienische Opfer erinnern, angebracht sind. In Verbindung mit der Befreiungsfeier in Mauthausen haben viele Delegationen die Gedenkstätte Hartheim besucht und dort Kränze und Blumengebilde niedergelegt. Wir vermißten österreichische Kränze. Wir glauben, daß diese Gedenkstätte ebenso wie das Lager Mauthausen immer wieder besucht werden soll, weil auch dort Tausende unter fürchterlichen Begleiterscheinungen ermordet worden sind.

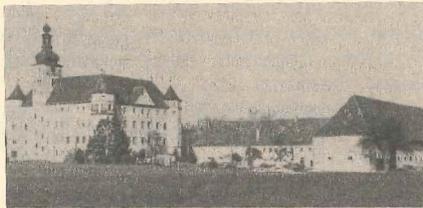
Fortsetzung auf Seite 5



Fortsetzung von Seite 4

Vor dem Jahre 1938 war das Schloß unter der Leitung des Landeswohltätigkeitsvereines Oberösterreich ein Asyl für Schwachsinnige. Im Jahre 1938 waren ungefähr 200 Pfleglinge in der Anstalt. Als Hitler Ende 1939 die Euthanasie des sogenannten „unwerten Lebens“ befohlen hat, waren diese Pfleglinge die ersten, die man ermordete. Es wurden eine Gaskammer, getarnt als Baderaum, ein Krematorium und später auch eine Knochenmühle errichtet. Die Opfer wurden mittels Cyklongas ermordet. Im Rahmen der Euthanasieaktion erfolgte die Ausmusterung der Geisteskranken in den verschiedenen Teil- und Pflegeanstalten. Sie und später die nicht arbeitsfähigen Häftlinge aus den Konzentrationslagern Mauthausen-Gusen und Dachau wurden in der Vergasungsanstalt Hartheim ermordet.

Allein im Jahre 1942 wurden im Rahmen der sogenannten „Invali-



dentransporte“ 3166 Häftlinge, darunter viele Priester, von Dachau nach Hartheim überstellt. Aus den KZ-Lagern Mauthausen-Gusen wurden 7200 Häftlinge nach Hartheim zur Vergasung gebracht.

In der ersten Zeit der Menschenvernichtung gab es beim Ausladen der Opfer viel Geschrei, man hörte die brutalen Schläge, die ihnen verabreicht wurden. Kommandos wie „Heraus ihr Hunde“ wurden gehört. Später hat man die Opfer schon in den geschlossenen Autobussen durch Auspuffgase getötet. Viele Opfer wurden in Eisenbahn-

waggon transportiert. Diese Waggonen blieben außerhalb der Bahnstation Alkoven stehen und in der Nacht wurden die Häftlinge mit Autobussen ins Schloß gebracht.

Anfang Dezember 1944 befahl die Reichskanzlei Hitlers, die „technischen Einrichtungen der Landesanstalt Hartheim“ zu beseitigen.

Jetzt sind im Schloß, welches einen sehr desolaten Eindruck macht, Wohnungen, und man hat das Gefühl, daß die Bewohner nicht gerne den Besuch der Gedenkstätte beziehungsweise die Erinnerung an die Untaten, die dort geschehen sind, sehen.

Die sozialistischen Freiheitskämpfer sollten zumindest einmal im Jahr zum Gedenken an die Greuelthaten und die unermeßlichen Leiden, die von den dort Ermordeten ertragen werden mußten, die Gedenkstätte Schloß Hartheim besuchen und damit beweisen, daß wir auch auf diese Opfer niemals vergessen.

Fortsetzung von Seite 2

schenmenge hineingeschossen, mit vollem Vorsatz die todbringenden Schüsse auf Menschen abgefeuert haben, die zwei Menschenleben vernichtet und fünf verletzt haben, nichts wird ihnen geschehen, kein Haar wird ihnen gekrümmt werden: Die eidbrüchigen Gesellen auf der Geschwornenbank haben sie von allen Schuldfragen freigesprochen und unter dem Siegesgeheul der angesammelten Frontkämpfer sind sie, die zwei Menschenleben auf dem Gewissen haben, sofort in Freiheit gesetzt worden. Eine Schurkerei ist diese Freisprechung, wie sie in den Annalen der Justiz wohl selten, vielleicht noch nie erlebt worden ist...

Aber ihnen allen, die der Geduld des arbeitenden Volkes mit Freisprechungen der Arbeitermörder eine so schwere Belastung zuführen, ihnen allen sei gesagt, daß sie da ein frivoles Spiel, ein gefährliches Spiel treiben. Denn wenn die Arbeiter erkennen müßten, daß es für sie in dieser kapitalistischen Ordnung keine Gerechtigkeit gibt, daß die Justiz zur Komödie herabsinkt, wenn ein den arbeitenden Menschen zugefügtes Unrecht zu sühnen ist, dann wird der Glaube an die Gerechtigkeit vernichtet und das Vertrauen zu ihr verschüttet.

Denn die Versagung der Gerechtigkeit ist das Schlimmste, was den arbeitenden Menschen angetan werden kann.“

Die „Reichspost“, die als Organ des Bundeskanzlers und Prälaten, Ignaz Seipel, galt, überschrieb den Bericht über die Freisprüche mit den Worten: „Ein klares Urteil.“ Und im Text hieß es unter anderem:

„Sosehr es das Rechtsempfinden befriedigt, daß die Geschwornen die moralische Schuldfrage (durch die Freisprüche) klar beantwortet haben, so bitter ist die Erkenntnis, daß die wahren Schuldigen strafgesetzlich nicht zu fassen sind.“

Julius Braunthal kommentierte diesen Artikel der „Reichspost“ mit den Worten: „Eine dreistere Verhöhnung der Arbeiterklasse, der zwei Söhne neuerlich abgeschossen waren, war nicht mehr denkbar! Die Arbeiter empfanden diese Worte wie einen Peitschenhieb ins Gesicht.“

Allerdings waren die Arbeiter, vor allem im Roten Wien, noch aus einem anderen Grund verzweifelt: Es gab, wie dem Bericht in der „Arbeiter-Zeitung“ zu entnehmen war, keine konkrete Parole der Partei und der Gewerkschaften, keinen Aufruf zu einer Protestaktion gegen die neuerlichen Freisprüche faschistischer Mörder.

Spontane Aktion der Massen

Der antimarxistische Bürgerblock mit dem Prälaten Ignaz Seipel an der Spitze wurde nicht müde, vor den „roten Bonzen“ zu warnen, die den „bodenständigen Arbeiter“ verhetzen. Offen oder versteckt wurde dabei auch an die niedrigsten antisemitischen Instinkte appelliert. Galten doch alle „roten Bonzen“ als Juden, auch wenn sie nicht jüdischer Herkunft wären. Die Ereignisse vom 15. Juli 1927 haben diese Legende zerstört:

Kein „roter Bonze“ hat die Wiener Arbeiter zum Streik und zur Demonstration aufgerufen. Im Gegenteil: Die Passivität der Parteiführung wurde in den Betrieben und in der Partei heftig kritisiert. Alles, was damals geschah, war ein Ausdruck der Spontaneität breiter Massen. Es zeigte sich, welche Energien in diesen Massen vorhanden waren, wie sehr sie die Größe der Ge-

fahr von rechts erkannten und bereit waren, sie aus eigener Kraft zu bekämpfen. Später wurde in der innerparteilichen Kritik mit Recht darauf hingewiesen, daß die Juliereignisse 1927 anders verlaufen wären, hätte sich die Parteiführung an die Spitze der spontanen Massenbewegung gestellt. Wir werden auf diese innerparteiliche Kritik noch gesondert eingehen. Wie es zu den blutigen Vorfällen kam, ist durch eine gründliche Untersuchung, die sich auf viele Zeugenaussagen stützt, dokumentiert worden. Wir fassen hier nur die wesentlichen Ereignisse zusammen:

Die Wiener Arbeiter kamen in der Früh pünktlich in die Betriebe. Aber sie arbeiteten nicht, sondern diskutierten in höchster Erregung die Provokation der Freisprüche faschistischer Mörder. Dabei wurde oft der Leitartikel in der „Arbeiter-Zeitung“ und auch der Kommentar im „Kleinen Blatt“ (wo es hieß: „Das Blut der Ermordeten bleibt ungesühnt“) zitiert. Man kam spontan zu der Erkenntnis: Proteste in unseren Zeitungen genügen nicht. Wir müssen streiken und auf der Straße gegen das Unfaßbare demonstrieren. Die Lawine wurde von den Arbeitern der Elektrizitätswerke ausgelöst. Sie stellten noch in der Nacht den Strom ab. Der Beschluß wurde von einer Betriebsrätekonferenz gefaßt. Unabhängig von den Arbeitern der Elektrizitätswerke hatten in den frühen Morgenstunden auch die Telefon- und Telegraphenbediensteten beschlossen, Telefon und Telegraph zunächst einzustellen. In den größeren Betrieben wurde — ohne

Fortsetzung auf Seite 6



vorherige Absprache — der Beschluß gefaßt, auf die Ringstraße zu ziehen. Auch die Magistratsbediensteten faßten diesen Beschluß.

Der Justizpalast brennt!

Die Polizei tat alles, um die Massen bis aufs Blut zu reizen. Sie wollte die Konfrontation, um rücksichtslos „durchgreifen“ zu können. In diesem Zusammenhang muß auch der Brand des Justizpalastes auf dem Schmerlingplatz gesehen werden. Darüber heißt es in dem Bericht:

Die von der wilden Jagd der Polizeikavallerie überrannte Masse am Schmerlingplatz sammelte sich in größeren Gruppen vor dem Justizpalast und demonstrierte in lauten Rufen gegen die Polizeibrutalität. Da jagten die Reiter ein drittes Mal durch die Menschen über den Platz. Steine und Latzen flogen ihnen nach und schon krachten die ersten Polizeischüsse, die ersten Verletzten wälzten sich in ihrem Blute. Nun wendete sich die zur Raserei aufgepeitschte Masse gegen den Wachkordon auf der Freitreppe des Justizpalastes. Ein Hagel von Steinen stürzte auf ihn nieder.

Die Polizisten flüchteten in das Gebäude und riegelten das Tor hinter sich zu. Aber das Steinbombardement verstärkte sich, da und dort klirrten Fensterscheiben. Die im Justizpalast verschanzten Polizisten feuerten ohne Unterlaß auf die Demonstranten. Die Schüsse der Polizisten steigerten aber die Wut der Masse. Das Gebäude wurde nun regelrecht gestürmt. Von einem nahen Baugerüst wurden Leitern und Planken herbeigeschleppt, über die nun einzelne Demonstranten durch die eingeschlagenen Fenster in das Gebäude eindringen.

In weitem Bogen flogen zunächst Aktenbündel und alte Gesetzblätter, dann Stühle, Tische, kleinere Einrichtungsgegenstände auf die Straße. Dann wurde plötzlich ein großes Kaiserbild aus dem Fenster gezeigt und in weitem Bogen auf die Straße geworfen. Unten auf der Straße türmten die Demonstranten die aus dem Gebäude geschleuderten Gegenstände zu einem großen Scheiterhaufen, zuoberst das Kaiserbild, und entzündeten ihn unter ungeheurem Jubel der Menge.

Da kam ein Demonstrant auf den verhängnisvollen Einfall, ein brennendes Aktenbündel durch eine Fensterhöhle in das Gebäude zu schleudern. Das Beispiel fand sofort Nachahmung, und bald darauf sah man einen feurigen Regen brennender Papierfackeln in den Justizpalast fliegen. Drinnen im Gebäude fanden die Flammen an den Vorhängen, an den Aktenstößen, an den Holzregalen, an den Holzmöbeln, an den holzgetäfelten Wänden reichlich Nahrung.

Der Verbrennung der Gerichtsakten und des Kaiserbildes kam symbolische Bedeutung zu: Es sollten die Unrechthandlungen einer Klassenjustiz vernichtet werden, deren Träger die Republik stets gehaßt hatten. Nun erreichte das blutige Massaker seinen dramatischen Höhepunkt. Die Polizei schoß auf die unbewaffnete Menge, auch auf unbeteiligte Passanten, wie aus den Zeugenaussagen hervorgeht. Es war ein wahres Morden, ein grausames Menschenschlachten. Aus der Fülle

der Grausamkeiten seien einige, die Augenzeugen wahrgenommen und zu Protokoll gegeben hatten, hier zu einem Denkmal der Wiener Polizeischande gehäuft:

Um 5 Uhr nachmittags — längst war der Tumult vorüber — hatte eine Polizeiabteilung auf der Ringstraße bei der Straßbahnschleife vor dem Stadtschulratsgebäude auf prominierende Passanten eine Salve abgegeben. Ein Mann, der in diesem Augenblick die Ringstraße überqueren wollte, brach zusammen. Laut schrie er um Hilfe. Die Ringstraße war menschenleer geworden, da vor der Salve alles geflüchtet war. Nur der hilferufende Verwundete lag auf der Straße. Die Polizisten setzten das Gewehr ab, standen Gewehr bei Fuß. Aber ein Rayonsinspektor der Abteilung, der hinter einem Baum gedeckt stand, legte das Gewehr neuerlich an, zielte auf den

schreienden Verwundeten und schoß auf ihn. Der Verwundete verstummte, der Schuß hatte ihm den Hinterkopf zertrümmert... Immer, wenn die zeretzten Menschenleiber in das Gebäude hineingetragen wurden, wurden Entrüstungsrufe laut. Da gab ein Polizeinspektor plötzlich ein Zeichen und eine Salve schlug neuerlich in die Menschen hinein. Die wohlgezielte Kugel des Polizeinspektors, der kniend schoß, traf den jungen Arbeiter Bruno Peiska in den Rücken. Er starb noch am selben Tage an einer inneren Verblutung. Einem älteren Manne wurde durch einen Schuß in den Hinterkopf die Hirnschale zertrümmert. Ein junger Bursche brach, getroffen durch einen Herzschoß, sofort zusammen. Ein Mann erlitt einen Nierenschuß, ein anderer einen Halsschoß...

Schobers Rolle

Für den Schießbefehl war, gedeckt von der Regierung Seipel, der Wiener Polizeipräsident Johann Schober verantwortlich. Schober gehörte dem großdeutschen Lager an, das später fälschlich als „liberal“ bezeichnet wurde. In der Zweiten Republik hat sich die Freiheitliche Partei (FPÖ) auf Schober und seinen angeblichen Liberalismus oft berufen. Für die Wiener Arbeiter bedeutete der Name Schober „Mord“ an Arbeitern und Unbeteiligten. Er wurde von den Massen glühend gehaßt, von allen Reaktionären gelobt und gefeiert.

Die „Schoberpolizei“, wie die Wiener Polizei damals genannt wurde, hatte, wie nachgewiesen werden konnte, Dummgeschosse verwendet, die den Getroffenen besonders schwere Verletzungen zufügen. Bei den blutigen Auseinandersetzungen hatte sie, wie angesehene Juristen übereinstimmend feststellten, nicht in Notwehr gehandelt. Es handelt sich daher bei den 89 Toten, die am 15. und zum Teil noch am 16. Juli 1927 zu beklagen waren, um die Opfer vorsätzlicher Gewalttaten der Polizei, die durch kein Gesetz gedeckt waren.

Der Republikanische Schutzbund, der über Waffenlager verfügte, hatte, im Auftrag des sozialdemokratischen Parteivorstands, weder Waffen an die Demonstranten ausgegeben, noch selbst welche angewendet. Schutzbündler griffen in das Geschehen unbewaffnet ein, wobei auch einige den Tod fanden. Sie waren, von der Polizei gejagt, bemüht, die Demonstranten zu beruhigen. Eine wesentliche Rolle spielten sie bei dem Bemühen, der Feuerwehr das Löschen des Justizpalastes zu ermöglichen und die im Gebäude von den Flammen bedrohten Polizisten zu retten, was auch gelungen ist. Unter den Schutzbündern befand sich auch der populäre Wiener Bürgermeister Karl Seitz, der auf einem Rüstwagen der Feuerwehr dazu beitrug, daß der Brand eingedämmt und schließlich gelöscht werden konnte.

„Schoberlied“

Der große Satiriker Karl Kraus, Herausgeber der legendären „Fackel“, ließ ein Plakat affizieren, das den sofortigen Rücktritt des Polizeipräsidenten Schober verlangte. Das von Kraus verfaßte „Schoberlied“ brachte die Stimmung vieler Menschen, nicht nur Sozialdemokraten und Kommunisten, zum Ausdruck, die über das blutige Massaker zutiefst empört waren. Sein Inhalt sollte nicht vergessen werden:

*„Ich kann wahrlich von mir sagen,
daß ich mein ganzes Leben lang nichts
als meine Pflicht getan habe,
weil dies und nichts anderes meine
Pflicht ist.*

*Ja, das ist meine Pflicht,
bitte sehn S' denn das nicht.*

*Das wär' so a G'schicht,
tät' ich nicht meine Pflicht.*

*Auf die Ordnung erpicht,
bin ich treu meiner Pflicht.*

*Wenn ein Umsturz in Sicht,
ich erfüll' meine Pflicht.*

*Die Elemente vernicht'
ich bezüglich der Pflicht.*

*Doch wenn einer einbricht,
hätt' ich auch eine Pflicht.*

*Nur erwisch' ich ihn nicht,
wie es wär' meine Pflicht.*

*Da genügt ein Bericht
hinsichtlich der Pflicht.*

*Daß ich aufs Amt nicht verzicht',
das gebietet die Pflicht.*

*Wohl wagt's mancher Wicht
und verkennt meine Pflicht.*

*Doch vors G'richt geh' ich nicht,
das ist nicht meine Pflicht...*

Was an diesem „Schoberlied“ besonders auffällt, ist das ständig verwendete Wort Pflicht. Pflicht und Pflichterfüllung waren bereits damals die Lieblingsvokabeln von Reaktionären und Faschisten. Jahre später wurden diese Begriffe verwendet, um die grauenhaften Verbrechen, die von der Naziwehrmacht und der SS verübt wurden, zu rechtfertigen. Wer Juden ermordete, wer fremde Länder überfiel und ausplünderte, hatte eben nur seine „Pflicht“ erfüllt.



Ritterkreuzträger in der „Kronen-Zeitung“

„Stellvertretend für alle heldenhaften österreichischen Soldaten, welche zwischen 1939 und 1945 für ihr Heimatland kämpften, wurden 27 legendäre Träger des Ritterkreuzes mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten auf edles, unvergängliches Metall geprägt...“ Die unglaubliche Empfehlung für die „bedeutendste Sonderprägung seit Ende des 2. Weltkrieges“,

mit der „Nazihelden“ in Münzgold, massiven Silber oder in Bronze angeboten werden, fand sich am 24. Mai 1987 in einem Skandalinserat in der „Kronen-Zeitung“. Über alle diese hier abgebildeten „NS-Helden“, die taxfrei dem Leser gerade in unserer Zeit, in der Zeit der Diskussionen um die sogenannte „Pflichterfüllung“, als Vorbilder an „Zivilcourage“ und „soldatische

Leistungen“ eingeredet werden, prangt sogar der Pleitegeier Nazideutschlands, dem nur das Hakenkreuz aus seinen blutigen Krallen entfernt wurde. Für das ganzseitige Skandalinserat eines „M & K Kunstverlages GmbH“ wurde, wie das sozialistische „Oberösterreichische Tagblatt“ feststellte, „genau jene Art von Sprache verwendet, mit der Ewiggestrige und Neonazis heute die unvorstellbaren Grausamkeiten des Zweiten Weltkrieges in Heldentaten umzudrehen versuchen“. Zum Abschluß fragt die Zeitung mit Recht, ob das Wiederbetätigungsgesetz so dehnbar ist, daß derartige Inserate ungestraft erscheinen dürfen.

Treffen der „Glasenbacher“ in Wels

Die „Wohlfahrtsvereinigung der Glasenbacher“, wie sich der Traditionsverband der ehemaligen Insassen des US-Internierungslagers für hochrangige Nazis nennt, rief wieder zu einem Treffen am 9. Mai in Wels auf. Gegen dieses Treffen protestierten zahlreiche Personen und Organisationen. Unter ihnen auch die „Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände OÖ“, in der unsere Genossinnen und Genossen führend tätig sind. So heißt es etwa in einem Protestschreiben der Arbeitsgemeinschaft: „Im Namen der vielen Frauen und Männer der Stadt Wels, die während der NS-Schreckensherrschaft ihr Leben dafür eingesetzt haben, damit wieder ein selbständiges und demokratisches Österreich entstehen konnte und von Hunderten Opfern des NS-Regimes — darunter viele Frauen und Männer aus den Bezirken Wels-Stadt und Wels-Land —, die von der oberösterreichischen Landesregierung erfaßt sind, sowie von Tausenden Kriegsopfern, protestiert die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände Oberösterreichs energisch gegen die Abhaltung des Treffens der Ewiggestrigen in Wels. Es ist für uns unverständlich, daß die Abhaltung derartiger Veranstaltungen von den zuständigen Behörden trotz dem in der österreichischen Bundesverfassung verankerten Verbot der NS-Wiederbetätigung immer wieder toleriert worden ist.“

Obwohl der Welser Bürgermeister die „Glasenbacher“ wieder offiziell eingeladen hatte, kam es dann doch zu

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Herbert Exenberger, Josef Hindels,
Otto Skritek, Hans Waschek.

dieser rechtsextremen Provokation, die unverständlicherweise dadurch begleitet war, daß die Polizei nicht von den ehemaligen „hochrangigen Nazis“ die Personalien aufnahm, sondern sämtliche Antifaschisten, vor allem Jugendliche, kontrollierte.

Ritterkreuzträger in Kufstein

„Abzeichen, Uniformen oder Uniformteile einer in Österreich verbotenen Organisation dürfen öffentlich weder getragen noch zur Schau gestellt, dargestellt oder verbreitet werden.“ Diese Stelle aus dem geänderten Abzeichengesetz vom 5. März 1980 (BGBl. Nr. 117/1980) fällt einem sofort ein, wenn man die offizielle Einladung des FPÖ-Bürgermeisters der Stadt Kufstein, Mag. Lothar Held, und das Programm des „Ritterkreuzträgereffens“, 29. bis 31. Mai 1987, in „Kufstein

— der Perle Tirols“ sieht. So gab es etwa für Samstag, 30. Mai 1987, folgende offizielle Programmpunkte: „10.00 Uhr Empfang durch Bürgermeister Mag. Lothar Held. Herren mit Orden angelegt — Landestracht“, „17.30 Uhr Heldengedenkfeier — Orden angelegt — Landestracht“ oder „19.30 Uhr Gesellschaftsabend mit Tanz im Stadtsaal des Hotels Andreas Hofer — Orden angelegt — dunkler Anzug“. Eine Subvention von 20.000 Schilling wurde für diese Demonstration von „alten Kameraden“ flüssiggemacht. Organisator des Treffens war der Ex-ÖVP-Bürgermeister von Völs, OSR Felix Ostermann. Ob die „Kameraden“ wohl alle das Hakenkreuz aus ihren Naziorden entfernt hatten?

PS: Eine breite antifaschistische Gegendemonstration mit einer Kundgebung in der „Perle Tirols“ zwang die „Ordensträger“, auf ihre offiziellen Programmpunkte zu verzichten.

Diskussion um die Nazizeit in Radstadt

Toni Bruha, KZ-Kameradin Rosa Jochmanns und wie sie als Zeitzeugin in Schulen und Organisationen tätig, mußte bei einer Podiumsdiskussion in Radstadt am Aschermittwoch 1987 über die Nazizeit einiges erleben. Gegen diese Veranstaltung, die vom Radstädter Kulturkreis „Zentrum“ organisiert wurde, traten die Ortsprominenz und der Kameradschaftsbund auf. Toni Bruha meint über diesen Aufklärungsabend:

Der Pfarrsaal war voll besetzt, während in den vorderen Reihen hauptsächlich junge Angehörige des Kulturkreises saßen, waren die hinteren Reihen vor allem mit Menschen der älteren Generation besetzt.

Nach einem Referat des Salzburger Zeitgeschichtsprofessors Ernst Hainisch sprachen die ehemaligen KZ-Insassen Hermann Langbein und A.

Bruha. Die nachfolgende Diskussion, bei der sich sehr viele ältere Männer zu Wort meldeten, bewegte sich eindeutig zur Verteidigung der nationalsozialistischen Vergangenheit und der jetzigen Haltung vieler Bürger in Radstadt.

Hier nur einige Beispiele:

„Der Hitlerkrieg war eine notwendige Verteidigung gegen die rote Gefahr.“

„Man hatte ja nur, als Soldat, seine Pflicht getan.“

„Es kann uns niemand verwehren, uns mit den anderen pflichtbewußten Kameraden zu treffen, um Erinnerungen auszutauschen, außerdem dient es dem Fremdenverkehr.“

„Wozu ist es überhaupt nötig, über die Nazi-KZ zu sprechen, es gibt in der Jetztzeit auch genug KZ.“

„Während des Anschlusses ist es den Österreichern gut gegangen, es

Fortsetzung auf Seite 8

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender

Fortsetzung von Seite 7

gab keine Arbeitslosen, außerdem sind wir ja Deutsche.“

„Wen interessieren schon die paar getöteten Juden, daß ist Vergangenheit, aber jetzt ist es erlaubt, durch Abtreibungen Ungeborene zu töten, darüber muß man sprechen und dies verbieten!“

Es war selbstverständlich, daß die drei Vortragenden diese Behauptungen widerlegten, aber auch die Mitglieder des Kulturkreises meldeten sich zu Wort, um mit ihren oft sehr guten Argumenten den Verteidigern des Nationalsozialismus entgegenzutreten.

Seminar in Linz

Das jährliche Seminar des Kontaktkomitees der Landesorganisation Oberösterreich des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer wurde in altbewährter Weise von Genossen Otto Kriegisch und seinem Team vorbereitet und befaßte sich mit den Ursachen und Folgen des Sturmes auf den Wiener Justizpalast am 15. Juli 1927. In Vertretung des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Linz konnte Genosse GR Klaushofer am 16. Mai 1987 insgesamt 35 Seminarteilnehmer im AK-Bildungsheim Jägermayrhof begrüßen. Er zitierte einen Leitartikel von Genossen Dr. Ernst Koref aus dem Jahre 1945, in welchem dieser darauf hingewiesen hatte, daß wir Freiheitskämpfer nicht Rache wollen, sondern Wachsamkeit üben, damit sich das Grauen des Faschismus nicht wiederholen kann.

Genosse Prof. Willy Krula berichtete als Zeitzeuge. Er hat selbst an der Arbeiterdemonstration am 15. Juli 1927 teilgenommen. Am Tag zuvor waren drei Mitglieder der Frontkämpfervereinigung, die im Jänner 1927 in Schattendorf aus dem Hinterhalt zwei Sozial-

sten erschossen und einige verwundet hatten, freigesprochen worden. Willy Krula hörte die ersten Schüsse der Polizei, die zum Sturm auf den Justizpalast führten, er sah den Justizpalast brennen und die vielen toten und verwundeten Demonstranten.

Auch Genosse Prof. Josef Hindels berichtete aus eigener Erfahrung über den Vormarsch des Faschismus in Österreich. In der Ersten Republik gab es in Österreich ein faschistisches Milieu, aus dem beide Faschismen hervorgegangen sind. Vor allem Fremdenhaß und Antisemitismus waren in Österreich überproportional stark entwickelt und sind auch heute noch nicht überwunden. Die Untätigkeit der Regierung gegenüber dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit, der Abbau der staatlichen Sozialleistungen durch die Reaktion und der entschiedene Kampf gegen die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und die Arbeiterkammern standen damals am Anfang vom Ende der Demokratie in Österreich.

Mit der Teilnahme an der Befreiungsfeier in Mauthausen am 17. Mai 1987 wurde das Seminar abgeschlossen.

Das Kontaktkomitee im Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer sieht sich auf Grund der politischen Entwicklung der letzten Monate veranlaßt, alle jungen Genossinnen und Genossen zur Mitarbeit aufzurufen.

Neben unserer Schulungsarbeit streben wir eine Intensivierung der Kontakte zu jungen Sozialisten und eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialisten im „Republikanischen Club Neues Österreich“ an.

Für interessierte Mitglieder organisieren wir eine Sonderführung im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.

Unsere Kontaktadresse: **Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Tel. 53 427/278 DW, von 9 bis 12 Uhr.**

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 63 27 31. Hersteller: Vorwärts AG, 1030 Wien, Viehmarktgasse 4.

Leopoldstadt

Jahresversammlung. Am 23. März 1987 fand die Jahresversammlung der Bezirksgruppe Leopoldstadt-Innere Stadt statt, an der auch Mitglieder der Sozialistischen Jugend teilnahmen. Nach den Berichten wurden jene Mitglieder geehrt, die bereits seit 40 Jahren unserem Bund angehören. Die Mitgliederversammlung nahm der Obmann der Landesgruppe Wien, Genosse Blau, vor. Der Jugend wurden zehn Abonnements der „Neuen AZ“ für ihre neuen Mitglieder übergeben. Den Abschluß unserer Jahresversammlung bildete ein mitreißendes Referat des Genossen Hindels über „40 Jahre Freiheitskämpfer“. Bei der Neuwahl des Vorstandes gab es keine Änderung. Als Obmann wurde Genosse Otto Skritek bestätigt, als Stellvertreter die Genossin Rosa Rothe.

Freier Wirtschaftsverband

Komm.-Rat Rudolf Swoboda †. Der langjährige Zentralsekretär und Wiener Landessekretär des Freien Wirtschaftsverbandes Österreichs, Genosse Rudolf Swoboda, ist am 30. März 1987 im 75. Lebensjahr verstorben. Genosse Swoboda schloß sich schon in frühester Jugend der sozialdemokratischen Bewegung an und war bei der Arbeiterjugend aktiv. Als Obmann der Jungfront war er Zugführer der Alarmkompanie „Karl Liebknecht“ des Republikanischen Schutzbundes. Wegen aktiver Beteiligung an den Februarkämpfen 1934 und illegaler politischer Betätigung war Genosse Swoboda mehrere Monate in Haft und wegen Hochverrats angeklagt. Nach dreijähriger Tätigkeit in einer Elektrogroßhandelsfirma mußte er 1939 einrücken und kehrte aus dem Krieg 1945 erst nach 14monatiger Kriegsgefangenschaft zurück. 1946 wurde Genosse Swoboda eines der ersten Mitglieder des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer, die ihm auch ihr goldenes Ehrenzeichen verliehen haben. Von 1959 bis 1974 war Genosse Swoboda Zentralsekretär des Freien Wirtschaftsverbandes. Wir haben mit Genossen Rudolf Swoboda einen treuen und guten Freund verloren, den wir niemals vergessen werden.

An unsere Leser!

Aus Platzgründen mußte die Rubrik „Sprechstunden“ in dieser Nummer unserer Zeitung entfallen. Wir bitten um Verständnis. Redaktionsschluß für die Nummer 7/8 ist der 15. August 1987.

Die Redaktion